

Pressebericht über ein Arbeiterfest am 11. Juni 1878 in Dortmund

Dortmund, den 11. Juni 1878

Das gestrige Arbeiterfest, von den man angesichts der gegenwärtigen Situation vielfach die schlimmsten Befürchtungen hegte, nahm einen überaus günstigen Verlauf. Trotzdem sich Hunderte von Arbeitern, die in ihrem Innern von der Gerechtigkeit der sozialdemokratischen Sache überzeugt sind, fürchteten, das Fest zu besuchen, da man allgemein glaubte, es würden von den meisten Fabrikanten Spione ausgeschiedt werden, welche die auf diesem Feste befindlichen Arbeiter denunzierten, hatten sich eine solche Menge von Festteilnehmern eingefunden, daß das große Kühnsche Lokal dicht besetzt war. Die Haltung aller Anwesenden war eine ruhige, ja würdevolle. Ein jeder tat sein Bestes, damit die Ruhe und gemütliche Stimmung nicht gestört werde, auf allen Gesichtern konnte man aber auch den Entschluß lesen, keinerlei Ungehörigkeiten zu dulden. Die Musik von Mitgliedern der Löserschen Kapelle ausgeführt, ließ nichts zu wünschen übrig, und die beiden Gesangsvereine Klub „Vorwärts“ und „Liederfreund“ wetteiferten miteinander durch Vortragen passender Lieder, um die freudige Feststimmung zu erhöhen, ein Bemühen, welches wie der Beifall der Anwesenden bewies, allseitige und freudige Anerkennung fand. Ein durch keinen Mißton gestörter Festball hielt die meisten Anwesenden bis kurz nach 12 Uhr (gegen das Tanzen hatte die hochwohlwollende Polizei nichts einzuwenden) zusammen, und als dann das Fest geschlossen wurde, sagte sich ein jeder, der demselben beigewohnt: „das war wieder einmal ein gemütliches Fest, wie es nur die Arbeiter unter sich arrangieren können.“ Bemerken wollen wir noch, daß sich auch einige Spione eingefunden, welche indessen sofort erkannt wurden und durch das Festkomitee auf eine anständige Art zum Verlassen des Lokals veranlaßt wurden. Ferner besaßen kurz nach 12 Uhr, als die Kasse bereits geschlossen, einige den „besseren Ständen angehörige Bengels noch die Unverschämtheit, trotz des ausdrücklichen Verbots, das Lokal betreten zu wollen, aber auch diese wurden, wenn auch auf eine für sie unliebsame Weise durch die Mitglieder des Festkomitees an ihrem Vorhaben gehindert, und werden diese Burschen jetzt wohl die Erfahrung gemacht haben, daß auch die Arbeiter verstehen, jemanden an die Luft zu setzen. Hoffen wir endlich, daß auch dieses schöne Fest seine guten Früchte trägt, und die Arbeiter wieder aufs neue von dem Gedanken durchdrungen worden sind, daß sie einig zusammenstehen müssen, zu ihrem Nutz und dem Feinde zum Trotz.

Quelle: Westfälische Freie Presse, Nr. 56 (13. 6. 1878)

Ein ernstes Wort an Freund und Feind.

* Dortmund, 10. Juli.

Das Jammergeschrei „Nieder mit den Sozialdemokraten!“ ist bei den herrschenden Klassen zur förmlichen Parole und zum Stichwort für die bevorstehende Reichstagswahl geworden. Es ist notwendig, daß der eigentliche Sachverhalt kurz und bündig in allgemeinen Umrissen einmal klargestellt wird.

Untersuchen wir zunächst, was die Sozialdemokratie erzingen, und wie sie ihr Ziel erreichen will.

Auf politischem Gebiete soll der Wille des Volkes zum alleinigen Gesetz im Lande erhoben werden;

auf wirtschaftlichem (sozialem) Gebiete soll die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die schrankenlose Ausbeutung der Arbeitskraft tausender und abertausender Menschen durch wenige kapitalbesitzende Unternehmer aufhören;

auf religiösem Gebiete soll nach dem Aussprüche des alten Fritz „Neder nach seiner Façon selig werden können“ und also die Religion reine Privatangelegenheit sein.

Die Mittel und Wege, durch und auf welchen die Sozialdemokratie diese ihre Endziele erreichen will, sind von ihr längst offen, frank und frei bezeichnet; im Wesentlichen sind es folgende:

auf politischem Gebiete der vernünftige Gebrauch des völlig freien allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts bei allen Wahlen im Staat, in den Provinzen und Gemeinden;

auf wirtschaftlichem Gebiete gerechtere Verteilung des Reichthums (der durch die Arbeit erzeugten Güter) beruhend auf vernünftiger Organisation der Arbeit;

auf religiösem Gebiete völlige Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, sowie vollständig freier Unterricht in allen öffentlichen Lehranstalten bis zu den Universitäten hinauf.

Die Sozialdemokratie verlangt, daß man mit ihr die von ihr vorgeschlagenen Mittel zur Erreichung dieser ganz unzweifelhaft erhabenen Endziele der Menschheit in ruhiger sachlicher Weise diskutiert und ihr gestattet, durch die Presse, in Versammlungen und Vereinen für ihre Bestrebungen unbehindert Propaganda zu machen, um die öffentliche Ueberzeugung für dieselben zu gewinnen.

Das ist es im Großen und Ganzen, was die Sozialdemokratie und wie sie es erreichen will, und zwar lediglich auf dem friedlichen und gesetzlichen Wege der Reform und nicht wie die Gegner der Sozialdemokratie fälschlich und verleumdend behaupten auf dem Wege der gewaltsamen Revolution.

Und nun fragen wir jeden vernünftigen Menschen, ob nicht Jeder, der seine Gedanken klar zinnig bei einander hat, diesen friedlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie zur Erreichung der größt

möglichen Wohlfahrt des gesamten Menschen geschlechtes freudig seine Zustimmung geben muß.

Ganz gewiß! Schon hat ein großer Theil der Bevölkerung aller zivilisirten Länder sich in den Grundrissen der Sozialdemokratie bekannt, besonders in Deutschland, wo die Sozialdemokratie in allen Klassen der Gesellschaft, selbst unter den Südtrenden und Vielreien, begeisterte Anhänger zählt, namentlich aber unter der Arbeiterklasse und in dem hauptsächlich von dieser abhängigen werththätigen Bürgerthum. Nur die winzige Minorität der bestehenden Klassen hat von selber die von der Sozialdemokratie jahrelang betriebene Agitation mit schädeln Augen angesehen, weil sie selbstverständlich ein reines selbstthätiges Interesse dabei hat, die jetzigen überaus traurigen und unthätigen gesellschaftlichen Zustände möglichst unrettbar zu erhalten, um die aus denselben für sie entspringenden Vortheile möglichst lange genießen zu können.

Selbst die preussische Regierung ist erwiesenermaßen ursprünglich einem Theile der Bestrebungen der Sozialdemokratie (allgemeines Wahlrecht, Proletariat-Genossenschaften mit Staatshilfe) durchaus nicht abgeneigt gewesen, wie wir in unserer nächsten Nummer überzeugend nachweisen werden.

Und nun fragt man sich erkant, wober denn plötzlich das einmüthige Kettersgeschrei aller bestehenden Klassen: „Nieder mit den Sozialdemokraten!“ entkanden ist.

Die Sache ist sehr einfach.

Die Sozialdemokratie zählt in Deutschland Millionen Anhänger. Bei unbehindertem Weltvertriebe der sozialistischen Agitation und bei der Unmöglichkeit, die unüberlegbaren Grundwahrheiten der Sozialdemokratie mit „heiligen Waffen“ zu widerlegen und

zu bekämpfen, befrüchten die bestehenden Klassen, daß der Zeitpunkt nächst näher rückt, in welchem die Verwirklichung der sozialistischen Bestrebungen eintreten möchte, was man gegenseitig unter allen Umständen zu verhindern versucht. Die beiden neuesten verabschiedungswürdigen Nordversuche zweier wahnwolliger Büben sollen hierzu den Vorwand und die Handhabe bieten.

Unerschrocken ist die grenzenlose Gemeinheit, Frechheit und Verlogenheit, mit welcher die gegnerischen Bestrebungen es versucht haben, die beiden Verbrecher mit der Sozialdemokratie in Verbindung zu bringen, oder diese doch der intellektuellen Ueberbacht der Attentate zu beschuldigen.

Die Reaktion bemngt die in solcher Weise künstlich geschaffene Aneignung gegen die Sozialdemokratie zur Durchföhrung ihrer freiheitsfeindlichen Pläne, welche auf Befestigung der wenigen Volksrechte hinauslaufen, deren die deutsche Nation sich noch zu erfreuen hat, während ein großer Theil der Arbeitgeber die günstige Gelegenheit nicht unbenutzt lassen will, dem langjährigen Wroth gegen die verhaßte Sozialdemokratie Luft zu machen und nebenbei die Arbeiter in ein unerhörtes Abhängigkeits-Verhältnis zu bringen.

In hundert Jahren.

Der Geschichtschreiber der Zukunft, dem es zu den Kulturhöhevorübergegangenen Epochen werden, wird nicht leicht ein dankbareres und reineres Material finden, als wenn ihm Kategorien der Presse von heute in die Hände fälen. Wir meinen jene Kategorien, die sich mit der Emphase selbst als die „Staatsverhäter“ bezeichnen.

Der Geschichtschreiber der Zukunft würde da gewißlich ein Bild von den gegenwärtigen Zuständen, von „unserer tausendjährigen Kultur“ bekommen, die zu reiten liberalen Philisthrium jetzt die Aufgabe zu glaubt. Die ganzen Anschauungen des Gesellschafters von historischer Entwicklung und hohem Fortschritt könnten unter Umständen starken Stoß erleiden. Denn er würde zu Staunen stehen, daß die deutschen Patrioten 1878 zwar nicht mehr, wie die Dummheit, sich roh auf den Säulen ihrer Streittruppe geritten, daß aber manche dieser „Kulturhelden“ 1878 die humanen Manieren und die feine Bildung aus dem Jochalter des Wahnsinns offenbar zur Schau getragen haben. Der Geschichtschreiber würde mit Staunen sehen, daß sie „eiserne Jungfrauen“, die Taumelstühle der Scherhaufen und die Walgen der mitlichen Inquisition nicht mehr da waren, der die Inquisition nicht tot war und sich in moderne Form geschmiegt hatte. Der Gesangzwang durch die Düngekur und durch Kreuze auf den Wagen“, wie weit sind sie in Inquisition des 18. Jahrhunderts enttand wie schwer wägen sie in der Waagschale der Kultur? — Die Untersuchung wäre sehr leicht.

Der Geschichtschreiber der Zukunft würde er philosophieren, wie das „Recht des Kleinen“ zur Geltung gelangt sei, und er beklagen, daß dies „Recht des Stärkeren“ irgend der Vorzeit von dem ausging, der den stärksten Eichenknüttel am besten zu wagen wußte. Und der Geschichtschreiber während die Jahrhunderte durchzuleben, bis er Jahre 1878 kommt, da Professoren die Presse für „unbarmhertzig und unthätige Gewalt“ empfahlen und ein Landrath am Garz den „nen Unterthanen“ empfiehlt, sich mit starken

Stöcken gegen die Widersachern zu bewaffnen.

Das war 1878? Wird sich der Geschichtschreiber hannend fragen. Und er wird weiter forschen. Er wird finden, daß Stroch, die sich natürlich „Patrioten“ nennen, ehem 74jährigen Ordre in der weichenbürglichen Besitzung die Fenster zu widerholten Malen eingeworfen haben, und zwar wegen der politischen Anschauungen des Orefles. Der Geschichtschreiber wird erkant fragen, ob die Deutschen denn von den Spartanern gar Nichts gelernt haben, welche schon vor bald neun Jahren geboten, das ehrwürdige Alter zu achten.

Der Geschichtschreiber würde finden, daß in Vorden eine Anzahl „Patrioten“ mit Säbeln auf eine Arbeiterversammlung eingedrungen haben, ohne das eine andere Veranstaltung vorlag, als eine im ruhigen Tone gehaltene Rede. Und wenn er liest, daß Freund und Feind durch die blutdürstigen „Patrioten“ verwundet worden sind, wird er erkant an die Dragonaden und an die ganzen grafschaften französischen Religionskriege denken. Es war doch nicht 1878, als man die Stadt Beziers skante, die sämmtlichen Abtgeiser darinnen uledermachte, und als ein Pfaffe auf die Frage, ob sich nicht auch Unschuldige unter den „Meyern“ befinden könnten, antwortete: „Nimmer dran, der Herr kennt die Seelen!“ Das war 1209.

Am meisten wird sich der Geschichtschreiber über die Expektorationen der Presse wundern, mag sie sich mit konservativ, liberal, patriotisch oder staatsverhätend nennen. Er wird finden, daß ein Professor in dieser Presse sagte: „Dant mit gebotter Faust das heutigerige sozialdemokratische Gefindel ins Gefängnis!“ Dann wird er lesen: „Dant sie, daß die Papen stegen!“ u. s. w. Er wird ein Blattlein entdecken, daß „diese verruchten Sozialdemokraten“ alle in einen Wärfel laden und ins Meer abwerfen gewollt hat; er wird Hunderte von Aufforderungen finden, diese „Brut“, diesen „Mattenkühn der Vatermörder“ mit „Feuer und Schwert“ zu vernichten.

Ganz erkant wird der zukünftige Geschichtschreiber vor diesen blendenden Messern einer tausendjährigen Kultur“ stehen und wird sich nicht wenig wundern, daß man die Aufrechterhaltung solcher Zustände die Ordnung genannt hat.

Aber der Geschichtschreiber wird auch nachsehen, was die Sozialdemokratie war, und er wird eine entlockfene, aber mit friedlichen Mitteln wirkende Partei finden. Auf ihrer Fahne liest er:

„Wir wollen Friede, Freiheit, Recht.
„Daß keiner sei des Andern knecht,
„Daß Arbeit aller Menschen Pflicht,
„Daß keinem es an Brod gebricht.“

oder:

„Nacht predigen wir Daß den Melchen,
„Nur gleiches Recht für Jedermann!“

Und er wird sich erkant fragen, ob denn das die Verbrechen dieser vielgeschmähten Sozialdemokratie waren. Darum der Värm?

In der Sozialdemokratie erst wird der Geschichtschreiber den vordien Tadel der allgemeinen Fortentwicklung wieder finden, denn „die Weltgeschichte kann nicht stille stehen.“

Und das Verdict des klugen Kulturgeschichtschreibers, für den nach unseres Mitstreiters Johann Jakob herrlichem Wort „die Gründung des kleinen Arbeitervereins wichtiger ist als der Schlachttag von Sabowa“, wird lauten:

Am Jahre 1878 war ein Theil der „deutschen Nation“ von vorübergehendem politischen Wahnsinn befallen, der Dant der festen Haltung des demokratischen Sozialismus nicht weiter um sich greifen konnte und deshalb allmählich wieder verschwand.

**Bürgermeister Vattmann (Gelsenkirchen) an Regierung in Arnberg
Betreffend: Bewegung der Sozialdemokratie**

27. Mai 1878

Der Bergmann Heinrich Tenhaef von hier meldete für gestern eine „Volksversammlung“ in dem Lokale „Germania“ hier an. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der auf die Tagesordnung gesetzten Positionen (Tagesordnung: „Das Attentat auf den deutschen Kaiser und die von der preußischen Regierung beabsichtigte Beschränkung des Vereins- und Versammlungsrechtes sowie des Preßgesetzes.“) überwachte der Unterzeichnete selbst die Versammlung, an der ungefähr 500 Männer und einige Frauen aus Gelsenkirchen und der Umgegend teilnahmen.

Vorsitzender und erster Redner war C. W. Tölcke aus Dortmund. Er hatte zum Sujet seiner Rede das Attentat auf den Deutschen Kaiser gewählt und suchte zu beweisen, daß der Attentäter Hödel niemals Sozialdemokrat gewesen sei, wie die meisten Tageblätter behaupteten. Die Tat sei von einem gänzlich verwilderten Menschen begangen worden; an dieser Verwilderung sei aber vorzüglich die Erziehung und mangelhafte Schulbildung schuld.

Wäre Hödel sozialdemokratisch erzogen worden, würde ein ganz anderer Mensch aus ihm geworden sein. Aus der Sozialdemokratie gingen nur ehrenhafte und charakterstarke Männer hervor, und die Statistik ergebe, daß auf 100 Verbrecher noch nicht ein Sozialist komme. Der Lebenslauf des Hödel wurde weiter geschildert. Er war verschiedener Diebstähle wegen 2½ Jahre im Korrektionshaus, machte dann seine 3jährige Lehrzeit als Klempner bei verschiedenen Meistern durch, ging dann auf Wanderschaft, besuchte die Schweiz, Italien, Frankreich, Spanien und wurde gegen Ende 1877 durch polizeilichen Zwang von Wien aus in seine Heimat, Leipzig, befördert. Bis hierhin hätte dem Hödel jede Gelegenheit gefehlt, durch Lektüre oder Umgang sozialistische Ideen aufzunehmen und Sozialdemokrat zu werden. In Leipzig sei er kurze Zeit Kolporteur des sozialistischen „Vorwärts“ gewesen, aber wegen Unterschlagung entlassen. Darauf ging Hödel zu den Christlich-Sozialen, den Gegnern der Sozialdemokraten, über und spielte den Verräter. Tölcke ließ durchblicken, daß Hödel wahrscheinlich von dem Redakteur Sparing, mit dem gemeinschaftlich er eine Broschüre gegen die Sozialdemokraten in Leipzig herausgegeben, gekauft gewesen sei. Denn woher kommen die 100 Mark, die Hödel mit nach Berlin nahm? Von seiner Mutter nicht und auch nicht von seinen Ersparnissen. Hödel war also nicht Sozialdemokrat, sondern ein Gegner derselben. Innerhalb dieser Ausführung benutzte Tölcke eine Redewendung, um die Ungerechtigkeit des Dreiklassen-Wahlsystems seinen Zuhörern begreiflich zu machen, bei welchem System die Reichen gegenüber den Arbeitern wohl 17mal mehr bevorzugt wären. Er führte als Beispiel die Stadtverordnetenwahl in Essen und die Stellung des Herrn Krupp zu dieser an, der in der 1. Klasse ganz allein wähle. Es sei nicht immer der Fall, daß, wer Geld habe, auch Verstand habe; auch das Sprichwort, wer ein Amt habe, habe Verstand, sei

falsch. Sie (die Sozialdemokraten) wollten Reform solcher Zustände auf dem loyalen Wege der Diskussion, und sie hätten den anderen Parteien gegenüber den Vorzug, daß sie systematisch und mit klarer Erkenntnis vorangingen. Der Vorwurf, sie wollten alles Bestehende über den Haufen werfen, sei ungerecht. Wenn sie Gesetze und Zustände abgeschafft sehen wollten, dann wüßten sie immer, was an deren Stelle zu setzen sei. Die Gesetze aber, welche auf der einen Seite nur Schmerzbäuche, auf der anderen nur dürre Armut zuließen, müßten abgeschafft werden.

Tölcke ging dann dazu über, das Attentat als ein Schein-Attentat zu charakterisieren. Man habe bis jetzt keine Spur einer Kugel gefunden; denn das Stück Blei, welches am russischen Botschaftshotel, Unter den Linden, in Berlin einige Tage nach der Tat aufgenommen worden, könne niemals aus dem Revolver des Hödel dahin gelangt sein, weil die Stellung des Genannten bei der Tat und die Richtung der Schußwaffe die Kugel nach der entgegengesetzten Seite dirigiert haben würde. Der Kaiser selbst habe zuerst nicht gewußt, daß die Schüsse ihm gegolten hätten. In raffinierter Weise suchte Tölcke auf seine Zuhörer dadurch zu wirken, daß er problematisch die Tat des Hödel als ein geschicktes Manöver irgendeiner Gegenpartei der Sozialdemokraten, vielleicht gar der Regierung selbst, darstellte und ausmalte, ersonnen, um die Partei zu unterdrücken. Man habe vielleicht den Hödel gedungen und ihm gesagt: Stecke Dir ein paar sozialistische Broschüren und Photographien sozialdemokratischer Führer in die Tasche und gib einige blinde Schüsse ab, dann ist es erwiesen, daß Du Sozialdemokrat bist und daß die Sozialdemokratie Königsmörder großzieht. Zum Schlusse empfahl Tölcke folgende Resolutionen zur Annahme:

1. Wir Sozialdemokraten verabscheuen den Mord in jeder Gestalt und Form, mag er aus Motiven entspringen, aus welchen er will.
2. Es ist eine Gemeinheit, vor Bekanntwerden des gerichtlichen Untersuchungsergebnisses für die Tat eines verwilderten Menschen die sogen. soz.-dem. Partei verantwortlich zu machen.

Tölcke ging dann zu dem zweiten Satze der Tagesordnung über, anknüpfend an den vorigen.

Die Regierung habe den günstigen Augenblick der allgemeinen Aufregung über die verabscheuungswürdige Tat des Hödel geschickt benutzt und habe das bekannte Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten dem Reichstage vorgelegt. Die Sozialdemokraten sollten durch die schutzlose Preisgabe ihres Versammlungsrechtes und ihrer Presse mundtot gemacht werden.

Die Gesetzesvorlage sei nicht angenommen worden. Die Ablehnung sei aber nicht der ehrlichen Überzeugung derer zuzuschreiben, welche gegen die Vorlage gestimmt, sondern nur ihrer Furcht, es möchte gegen sie später einmal gerade so verfahren werden, wenn die Regierung neue Steuern und besonders wenn sie das Tabakmonopol verlange.

Nach Tölcke trat als Redner der Redakteur A. J. Kuhl aus Dortmund auf. Er berührte kurz nochmals das Attentat mit dem Zusatz, daß es der Unverschämtheit des Liberalismus der Neuzeit vorbehalten sei, für die ruchlose Tat eines Mörders eine ganze Partei verantwortlich zu machen. Es seien schon 100 Fürstenmörder dagewesen, aber jetzt habe es der liberale Trupp gewagt, einen Kullmann an die Rockschoße der Ultramontanen zu hängen und einen Hödel den Sozialdemokraten aufzuhalsen. Gerade die Liberalen wären es, welche den Mord verherrlichten und eine Charlotte Corday, die Mörderin des Demokraten Marat, in Liedern feierten.

Zu der Gesetzesvorlage (2. Teil der Tagesordnung) übergehend, kritisierte Redner die Auslassung des Grafen v. Bethusy-Huc im Reichstage. Über den rohen Gedanken der Güterverteilung wären sie (die Sozialdemokraten) längst hinweg; man werfe ihnen derartige Ideen und Absichten mit Unrecht vor, gerade wie man mit Unrecht behaupte, die predigten nur den Haß. Da kämen die Pfaffen und mengten ein bißchen Christentum und sogenannte christliche Liebe der Sache bei, um auf diese Weise die soziale Frage zu lösen; das sei christlich-soziale Hanswursterei. Von dieser Seite sei eine Lösung unmöglich, und wenn auch der Haß gepredigt würde, so sei es der Haß gegen das Schlechte, der Haß gegen die Ausbeutung des Volkes durch die Kapitalisten, der Haß gegen die Unterdrückung der Arbeiter, und das sei ein heiliger Haß. Redner wendet sich besonders an die Katholiken unter den Zuhörern, sie sollten sich nicht von ihren Führern betören lassen. Der Abgeordnete Windthorst (Meppen) habe mit nackten Worten erklärt, das Zentrum würde mit der Regierung gegen die Sozialdemokraten vorgehen, wenn die Maigesetze aufgehoben würden. Das sei keine ehrliche, sondern eine Opportunitätspolitik. Die jetzige konstitutionelle Regierung sei übrigens nur schein-konstitutionell, und von dieser bis zum Absolutismus sei nur ein Schritt.

Weiter kritisierte Redner die Worte des Grafen v. Moltke, der ebenfalls den Sozialdemokraten die Teilungsidee unterschiebe, da er gesagt hätte, die erste Teilung würde die hundertste bedingen und die göttliche Weltordnung habe doch einmal die ungleiche Verteilung der Güter und die Arbeit bestimmt. Redner nimmt hieraus Anlaß, zu sagen: „Der Graf Moltke mag ein ganz guter General sein, der die Kriegskunst zu einem Zweige der Wissenschaft machen konnte, er ist aber ein schlechter Nationalökonomiker. In nationalökonomischer Hinsicht hat er so dumme Begriffe wie nicht der Nachwächter von Krähwinkel.“ Die Sozialdemokraten wüßten recht gut, daß immer werde gearbeitet werden müssen, und sie würden zuletzt die Hände in den Schoß legen; sie wollten die Arbeit, aber die Arbeit für alle. Die Zeit werde kommen, wo die Regierung sich lieber auf die Schulter des arbeitenden Volkes als auf die Geldsäcke der Reichen stütze.

Die Gesetzesvorlage zeige, was die Sozialdemokraten zu erwarten hätten. Man wolle die Unterdrückung der Sozialdemokraten um jeden Preis. Aber wenn auch Polizeimaßregeln ihre lebensvolle Bewegung hemmen könnten, die lebengebende Idee könnten sie nicht vernichten, und wenn man sie als die Pest und das Gift betrachte im Organismus des Staates, so hätten doch ihre Anhänger den unerschütterlich festen Glauben, daß das Ende ihr Werk kröne. Redner verlas Artikel aus verschiedenen Zeitungen, der hiesigen „Emscher Zeitung“, dem „Märkischen

Sprecher“, der „Deutschen Vereins-Korrespondenz“, in denen die Sozialdemokratie auf die gemeinste Weise verfolgt und verleumdet werde.

Die vielbesprochene Gesetzesvorlage der Regierung sei übrigens nur halbes Werk; er würde da lieber die in der „Berliner Freien Presse“ aufgestellte Vorlage empfehlen. Redner schreibt entgegen dem p. Tölcke die Nichtannahme der Gesetzesvorlage dem Reste von Schamgefühl der Gegenstimmenden zu. Es sei merkwürdig, daß zwei Drittel der Fürstimmenden dem hohen und höchsten Adel angehören, der nicht glaube, daß Mensch Mensch sei, sondern für sich durch die Geburt schon Vorrechte beanspruche. Da sehe man die Angst.

Trotz der Ablehnung des Gesetzes werde aber die Regierung es verstehen, durch eine bisher unbekannte Interpretation der bestehenden Vereins- und Preßgesetze die Bewegung der Sozialdemokratie zu stauen, und wenn das nicht, würde man einfach ohne Grund ihre Versammlungen polizeilich aufheben. Hiergegen könnte man dann appellieren, um nach 2jährigem Warten den Bescheid zu bekommen, der die Aufhebung der Versammlung veranlaßt, wäre ein Rüffel erteilt worden. Um sich gegen solche Vergewaltigung möglichst zu schützen, ermahnt Redner zu fleißiger Lektüre und möglicher Verbreitung sozialistischer Schriften. Auch müßten die Mitglieder alle Kräfte aufbieten, um schleunigst noch neue Mitglieder zu werben.

Im übrigen warnt er die Regierung vor der Anwendung von Gewaltmaßregeln; denn wenn die Sozialdemokraten jetzt den Kampf der offenen Agitation führten, so würden sie, von diesem Wege vertrieben, zur Konspiration gezwungen werden. Und dann allerdings könnte niemand die Folgen absehen, wenn der Strom einmal den Damm durchbräche.

Hiernach nahm ein Seelig aus Essen das Wort, der sich in unbestimmten Phrasen und allgemeinen Wiederholungen erging. Bei seiner Auslassung, die Regierung habe sich durch Ablehnung der Gesetzesvorlage eine Blamage geholt und dulde Gesetze, durch welche die Ausbeutung des Volkes durch die Kapitalisten sanktioniert werde, hob der Unterzeichnete, nachdem das höchste Maß der Redefreiheit erschöpft worden war, die Versammlung durch einen Polizeisergeanten im Namen des Gesetzes auf.

Das Verlassen des Lokals (es waren nur mehr ca. 150 Personen anwesend) geschah in bester Ordnung, und war weiteres polizeiliches Einschreiten unnötig.

Ich verfehle nicht, Königlicher Regierung vorstehendes ganz gehorsamst zu berichten, und frage ich nochmals an, ob das Erheben eines Eintrittsgeldes nicht untersagt und ob von derartigen Versammlungen, die mehr als Schau-Redeturniere betrachtet und besucht werden, eine Abgabe zur Armenkasse verlangt werden darf. Auch bitte ich ganz gehorsamst um hochgeneigten Bescheid, ob Gehstöcke als Waffen angesehen werden können mit Rücksicht darauf, daß gestern eine Menge Auswärtiger mit erheblich dicken Knitteln in der Versammlung anwesend war.

Der Bürgermeister gez. Vattmann.«

Quelle: L. Stern (Hrsg.), Archivalische Forschungen . . . III/2, S. 710 ff.

— Aus Westdeutschland, Anfangs September. Zur Partei-
lage. Hier im Westen wie überall in Deutschland, soweit meine In-
formationen reichen, steht unsere Parteilage überaus günstig. Alle unsere
Gegner sind hiervon ebenso überzeugt wie Jeder von uns, der auch nur
halbwegs fähig ist, sich von dem Pulschlage des öffentlichen Lebens rings
um ihn herum ein richtiges Urteil zu bilden. Freilich sind hierzu unsere
Freunde, welche sich gezwungen oder freiwillig im Exil befinden, nicht
im Stande und eben deshalb ist es auch zu entschuldigen, wenn sie, wie
die Exilanten selbster Revolutionärsperioden, aus Ungebuld thörichte Streiche
machen oder sich gar für berechtigt halten, ihre im Kampfe stehenden
Genossen zu schulmeistern. Zu bedauern sind allerdings die politischen
Kinder innerhalb der deutschen Sozialdemokratie, welche sich durch diese
ungebuhigen sozialrevolutionären „Heßkapläne“ oder gar durch gewissen-
lose Agents provocateurs, von welchen die deutsche Sozialdemokratie
glücklicherweise nur wenige „an ihrem eigenen Busen großgezogen“ hat,
zu Thorheiten verleiten lassen.

Abgesehen von diesen Nebenbingen steht die Parteilage in Deutschland
günstiger wie je zuvor.

Als der „geniale“ Staatskünstler Bismarck nach den Attentaten die
Parole: „Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie!“ ausgab, war er
ebenso vollständig davon überzeugt, daß die Sozialdemokratie mit den
„Attentaten“ nichts zu thun hatte, als von der Unmöglichkeit der Ver-
hinderung der sozialistischen Propaganda oder gar der „Vernichtung“ der
Sozialdemokratie. Für ihn war es zunächst die Hauptsache, durch
gewalttätige Unterdrückung der sozialistischen Agitation in der
Presse, in Vereinen und Versammlungen für seine reaktionären
Pläne freie Hand zu gewinnen, die einzig wirksame
Opposition zeitweise mundtot zu machen, von der er
überzeugt ist, daß die Opposition auf Leben und Tod nimmermehr
unterdrückt werden kann, welche nicht eher ruht und rastet, bis sie ihr
Ziel erreicht, nämlich das ganze mittelalterliche Gerümpel des „Gottes-
gnadenthums“ mit Allem, was drum und d'ran hängt, dahin geworfen
hat, wohin es gehört — in die Rumpelkammer.

Sehen wir uns den durch Herrn Bismarck geschaffenen Herzenbrei
etwas näher an, um uns zu überzeugen, daß wir alle Ursache haben,
uns für seine kräftige Beihilfe verbindlichst zu bedanken.

Die erste Folge des Sozialistengesetzes war die gewalttätige Unterdrück-
ung der sozialistischen Presse, Vereine und Versammlungen. Dadurch
wurden die Arbeiter ihren „liberalen“ und sonstigen Ausbeutern schutzlos
und wehrlos auf Gnade und Ungnade überliefert. Maßlose Verletzung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit und
eine Behandlung, wie sie das Vieh ärgert nicht zu erdulden hat, waren
die Folgen. Es ist dadurch eine solche Erbitterung in der gesamten
Arbeitervelt entstanden, wie sie durch eine zehnjährige flotte sozialistische
Agitation nicht hätte geschaffen werden können, besonders auch in Arbeiter-
kreisen, die aus verschiedenen Gründen der Agitation bis dahin unzu-
gänglich waren.

Es folgten die Ausweisungen. Hunderte der bravsten und
besten Arbeiter wurden mit ihren Familienangehörigen ihrer Existenz be-
raubt, geächtet, von Ort zu Ort gehetzt. Sie sind überall, wohin sie
kommen, lebendige Beweise der brutalen Schandwirtschaft im jetzigen
Deutsch-Sibirien, wie sie schmähvoller selbst zur Zeit der Metternich'schen
Demagogenviehderei und des „seligen“ Bundestags in Deutschland nicht
geherrschet hat. Erbitterung im Herzen ziehen diese summen Opfer der
niederträchtigsten Ungerechtigkeit, getrieben durch Polizeihexen aller Art,
von Ort zu Ort, überall durch ihre Anwesenheit ihren Grimm auf die
Arbeitervelten übertragend.

Auf die „Selbentaten“ des Berliner Polizeipaschas Madai folgten
die der preussischen Polizeibienen im Hamburger
Senat und neuerdings haben auch die jetzigen Machthaber im amerions-
bedrückten „Königreich Sachsen“, dieser künstigen preussischen Provinz,

dem Druck vom Berliner „Oben“ bereitwillig nachgegeben. Andere
„Provinzen“ werden folgen. Nachdem der Skandal einmal soweit gebiechen
ist, kann's uns recht sein. „Wen der „Herrgott“ vernichten will, den
schlägt er bekanntlich mit Blindheit.“

Um den sozialistischen Abgeordneten zum sächsischen Landtage die Ge-
legenheit zu entziehen, die Verhängung des kleinen Belagerungszustandes
über Leipzig und Umgegend gebührend zu geißeln, hat die sächsische Re-
gierung den kaum zusammengetretenen Landtag verjagt, jedenfalls mit
Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen. Einen glänzenderen
Beweis hätte die Regierung nicht liefern können, daß sie außer
Stande ist, sich gegen die Anklagen zu rechtfertigen, welche sie mit
Bestimmtheit zu erwarten hatte, und eben deshalb wird bei dem politisch
hochgebildeten sächsischen Volke die Vertagung des Landtags bei der
nächsten Reichstagswahl eine der gesofften Wirkungen durchaus entgegen-
gesetzte haben.

Eine weitere revolutionäre Folge des Sozialistengesetzes waren die
Reden unserer Parteigenossen in der letzten Session des deutschen Reichs-
tages, zu denen dieselben ohne jenes Gesetz niemals eine so ausgezeich-
nete Veranlassung gefunden haben würden. Die durchschlagende revo-
lutionäre Wirksamkeit dieser Reden können nur Leute in Abrede
stellen, die nicht mehr inmitten des deutschen Volkslebens stehen.

Als der „geniale Staatsmann“ die ihm und seinen Plänen allein ge-
fährliche öffentliche Opposition der Sozialdemokratie mundtot gemacht
zu haben glaubte, da erst trat er mit seinen famosen Projekten zur
Förderung der Arbeitermassen hervor. Der „diplomatisch-geniale“ Böcker-
verheyer erwies sich jedoch in der inneren Reaktionspolitik schon
dadurch als ein unilberverfichtiger Stümper, daß er mit seiner Parole:
„Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie!“ mindestens zehn
Jahre zu spät kam.

Dank der Aufklärung, welche die elfzehnjährige Agitation der Sozial-
demokratie in allen Volksschichten, besonders in den Arbeitermassen, ver-
breitet hat, werden die handgreiflichen Schwindeleien Bismarcks mit
Unfall, Invaliditäts- und Altersversorgungs-Anstalten für die Arbeiter
gerade von diesen einfach verlacht. Die Arbeiter wissen längst,
daß sie selbst fast ausschließlich die enormen Kosten solcher Einrich-
tungen durch die indirekten Steuern, Schutz- und Finanzzölle, durch die
geradezu fleißhafte Wertheuerung aller Lebensbedürfnisse, aufbringen
müssen, — während sie nicht minder längst davon überzeugt
sind, daß speziell die „Schutz-Zölle“ keineswegs ihre Löhne verbessern,
vielmehr im Gegentheil den Ausbeutern ihrer Arbeitskraft die Mittel
liefern, sie bis auf den letzten Blutstropfen auszusaugen. Am 3. Oktober
1873, also in der „stolten Zeit“, in welcher die Arbeiter vermöge ihrer
Organisation sich noch wehren konnten, schrieb der Betriebs-Ingenieur
einer der bedeutendsten westdeutschen Eisenwerke an seinen Vort-
sitzlich (auch die Orthographie dieses ingenieurlichen „ABC-Schützen“ be-
halte ich bei):

„Augenblicklich bin ich schlimm daran, meine Leute haben ge-
streikt, trotzdem die Leute 1 Thlr. 10 Sgr. Lohn haben und
außerdem Accord, sind sie noch nicht zufrieden. Der Durch-
schnittsverdienst pro zweite Hälfte September war 26 Thaler in
14 Arbeitstagen.“

Es ist unangenehm und mit vielem Ärger verbunden, Betriebs-
Ingenieur zu sein.

Stopft man den Kerlen den Magen voll, dann
muß auch noch die Hand voll sein, aber mit dem
Streik werden die Leute doch nichts erreichen, denn ich werde
sie alle entlassen und neue Leute nehmen.

Nur vor der Hand ist es schlimm, denn von Gas
und Wasser hängt das ganze Werk ab.

Meine Direktion weiß es bis jetzt noch nicht, ich habe es nicht
gesagt, weil der technische Direktor vertriebt ist, und weil die an-
dern Weiden davon nichts verstehen.“

Aus diesem Wuthgeschreie eines Sklavenzüchters im Jahre 1873 kann man die jetzige Lage und Behandlung der Arbeiter ermessen, denen durch das Sozialisten-Gesetz jede Möglichkeit benommen ist, sich gegen die vertausendfachen Bestialitäten ihrer verstümmelten Schinder auch nur einigermaßen zu schützen. Allerdings haben diese barbarischen Zustände eine massenhafte Auswanderung der Arbeiter zur Folge, allein Millionen bleiben in Deutschland zurück, mit dem Ingrimm der Verzweiflung den Tag der Abrechnung erwartend. (Schluß folgt.)

— Aus Westdeutschland, 1. September. Zur Parteilage. (Schluß.) Die große Mehrzahl des Mittelstandes befindet sich lediglich in Folge der verringerten Kaufkraft der Arbeiter im Fallitzustande, und tausendfach hörte man in diesen Volkskreisen den Ausdruck: „Jetzt sehen wir es ein, daß die Sozialdemokraten in jeder Beziehung Recht gehabt haben.“

Auch in politischer Beziehung ist die Situation in Deutschland eine unübertrefflich glänzende. Um im nächsten Reichstage für seine famose Wirtschaftspolitik eine glückliche Majorität zu gewinnen, ist der „große Staatsmann“ gezwungen, den Ultrareaktionären, den orthodoxen Mönchern und Jesuiten Konzessionen über Konzessionen zu machen, und schon längst hat er seine „Kurassierstiefeln“ nach Kanossa vorausgeschickt. Während in den fast ausschließlich katholischen Ländern Frankreich, Belgien, Spanien und Italien mit dem schwarzen Gefindel tabula rasa gemacht wird, bereitet Bismarck den menschenfreundlichen Senkerprüßlingen der Inquisition und der „Kultur“ der Scheiterhaufen im protestantischen Deutschland ein trautes Heim.

Um die Lächerlichkeit der prästerlichen Phrase „nach Kanossa gehen wir nicht“, abzuschwächen, mußte der neue Bischof von Trier, der Jesuitenpater Korum, nach Mainz kommen. Wie mögen die beiden edlen Willen sich gegenseitig begrinst haben, als sie in Mainz das Bündnis zwischen Sabel und Kutte schlossen. In kindischer Freude über die gegen den „großen Kanzler“ errungenen Erfolge erhebt bereits der „streibbare“ Kaplan und Jesuitenknecht Majunke (richtig: Mai-Untel) in allen katholischen Blättern das unbedachte Triumphgeschrei: „Eher wird es nun einmal nicht besser werden, als bis wir wieder bekommen ein Regiment von — Junkern und Pfaffen! —“

Die so offenherzig ausgesprochene Absicht dieser dankerotten Firma, die Errungenschaften der großen französischen Revolution wieder zu vernichten und das Rad der Weltgeschichte mindestens bis in das vorige Jahrhundert zurückzuschrauben, hat selbst viele „gläubige“ Katholiken stuhlig gemacht, und das von Majunke angeführte „Regiment der Junker und Pfaffen“ wird in kurzer Frist auch bei den Katholiken Deutschlands das in den vorwiegend katholischen Ländern längst zur Geltung gelangte Sprichwort zur Wahrheit machen: „Je näher Kom, desto schlechter der Glaube!“

Unter den verbündeten „Junkern und Pfaffen“ und der „liberalen“ Bourgeoisie ist der Kampf um das Privilegium der Volksknechtung bereits heftig entbrannt und bei der bevorstehenden Reichstagswahl wird dieser Kampf an manchen Orten voraussichtlich mit Messer und Revolver ausgefochten werden. Die antisemitischen Judentravalle sind nur die Vorhutmittel der „Wahlschlacht“. — „Mein Liebchen was willst Du noch mehr?“ —

Bu allem diesem herrlichen Wirrwarr kommt noch die tausendfache Unzufriedenheit, ja Erbitterung, der in Preußen „verstaatlichten“ Eisenbahn-Subalternen und Unterbeamten, deren stilleres Einkommen, trotz der mehrfachen „loyalen“ Versicherungen des Ministers Maybach im preussischen Landtage arg beschmitten worden ist, in einzelnen Fällen mit kolossaler Unverschämtheit.

Und die Zustände im „herrlichen Kriegsheer“? — Nun, auch diese lassen nichts zu wünschen übrig. Schreibt doch selbst der Breslauer Professor Brentano in seiner allfälligen Kritik des reichskanzlerischen Arbeiterfängerrei:

„Und die daraus hervorgehende Erbitterung der sich bekämpfenden Klassen, welche die alte Gesellschaft zerriss und ihrer Gestalt den Untergang brachte, wird auch bei uns zu den gleichen Zuständen führen. Dabei ist das Heer gegenwärtig nicht mehr eine Heerde gemischter Fremdlinge, wie im alten Venedig. Unsere Armee geht aus der Mitte der Klassen, die sich alsdann bekämpfen, hervor und kehrt in dieselben zurück. Sie wird die Interessen und Leidenschaften der sich alsdann Bekämpfenden theilen. Damit scheint es unmöglich, mittelst der Armee auf die Dauer das Gleichgewicht zwischen den Klassen aufrecht zu erhalten. Auch sie wird denselben sich bekämpfenden Gegensätzen verfallen. Statt den sozialdemokratischen Zielen entgegenzutreten, ebnet die neugeplante Organisation der Wirtschaft somit der Erreichung derselben den Weg.“

Dieser Professor hat den Nagel auf den Kopf getroffen, nur scheint er nicht zu wissen, daß es gerade die Sozialdemokratie gewesen ist und es noch ist, welche die übrigen Gesellschaftsklassen zwingt, „der Sozialdemokratie den Weg zu ebnen“.

Der beste „Pfadfinder“, Chauffee-Ausseher und Agitator der Sozialdemokratie ist gegenwärtig unzweifelhaft unser „genialer“ Freund Bismarck. Er und seine Helfershelfer haben es meisterhaft verstanden, im „heiligen deutschen Reichs Bismarckscher Nation“ eine solche Menge Blindstocher anzuhäufen, daß der „durchsichtigste Vater“ sogar genötigt war, einen seiner hoffnungsvollen Söhne mit dem unverantwortlichen Amte zu betrauen, ihm als Reichshundjunge den „Reichshund Trass“ an der Leine nachzuführen, um dessen durchsichtigsten Prinzipal in Gemeinschaft mit einer zahlreichen Polizeibande vor „Attentäteren“ zu schützen. — Daß bei diesem ehrenvollen „Reichsdienste“ der neugebadene „Cra“ Wilhelm alle Ursache hat, sich über die Unannehmlichkeiten der Hundesperre zu beklagen, ist selbstverständlich.

Wenn es noch eines Beweises von dem Vorhandensein massenhaften Blindstoches bedürfte, dann würde er durch die Thatfache erbracht sein, daß der deutsche und der russische Kaiser, die „Beherrscher“ der mächtigsten Reiche der Welt, durch die „Indiskretion“ der „Danziger Zeitung“, oder vielmehr durch ihre Angst vor ihren eigenen „Unterthanen“ gezwungen sind, ihre beabsichtigte Zusammenkunft auf offener See stattfinden zu lassen oder aus Furcht vor „nihilistischen Torpedos“ sogar ganz aufzugeben.

Bei dieser Sachlage würde es eine unverantwortliche Thorheit sein, wenn die Sozialdemokratie selbst in die Entwicklung der in allen Richtungen unaufhaltsam fortschreitenden Auflösung der modernen Gesellschaft störend eingreifen wollte, was durch einzelne Putzche, zu denen man uns geradezu provozieren will, jedenfalls geschehen würde.

Also ruhiges Blut und nur noch zwei bis drei Jahre Geduld, dann bricht mit Naturnothwendigkeit die Katastrophe unfehlbar herein.

Vor Allem muß die Auswanderung der Ausgewiesenen unterbleiben, dann werden auch die massenhaften Ausweisungen von selbst ein Ende nehmen, durch welche man eben die „gefährlichsten Elemente“ loszuwerden hofft. Die Ausgewiesenen müssen „im Lande bleiben — und nähren sich — rätlich.“ — Dies ist ganz gut möglich, wenn die „sozialistische Waga bundage“ organisiert wird. Ueberall, wo sich ein Ausgewiesener durch seine „Ausweisungs-Ordre“ legitimirt, muß er mit offenen Armen und Herzen empfangen und ihm, falls keine Arbeit für ihn vorhanden ist, Wohnung und Beköstigung („Wanderflügel“) gewährt werden, auch Reisegeld bis zum nächsten Orte, in welchem Sozialdemokraten hausen, sobald sich ein anderer Ausgewiesener „zur Ablösung“ meldet.

Eine solche gesicherte Naturalverpflegung unserer „Märtyrer“ ist leichter zu ertragen und in jeder Beziehung zweckmäßiger, als jede andere Unterstützung. Sollte die Polizei uns ab und zu einen ihrer „Galgenvögel“ als „Ausgewiesenen“ zusenden, nun — diese Sorte Menschen erkennt man bald an ihrer Galgenphysiognomie, und dann wird sicher dafür gesorgt werden, daß es der Polizei bedenklich wird, ihre faulen Eier in ein sozialistisches Nest zu legen.

Inzwischen entschädigt uns das interessante Schauspiel des stetig fortschreitenden Zusammenbruchs der „alten Welt“ reichlich für alles Ungemach.

Mit Beharrlichkeit und Umsicht weiter vorwärts! Unser baldiger Sieg kann dann nicht zweifelhaft sein.

Quelle: Sozialdemokrat (Zürich), Nr. 39 (22. 9. 1881), Nr. 40 (29. 9. 1881)

— **Dortmund, 15. April.** Wir haben lange in unserem Parteiorgan nichts von uns hören lassen, so daß Mancher wohl glauben mag, hier wäre alles todt, aber dem ist nicht so. Wir haben diesen Winter schon manche heitere Geschichte erlebt. Da kam der Ständer'sche Apostel Liebermann von Sonnenberg und wollte auch hier seine Thätigkeit beginnen; es wurde nach langen Suchen nach einem Saal eine Versammlung einberufen und zwar in einem Saal, der höchstens 300 Personen faßte.

Schon eine halbe Stunde vor Beginn war derselbe zum Erbrüchen voll; alles war gespannt, was da kommen sollte, und wir glaubten, es wäre, wie es bei uns Sitte, Redefreiheit; aber da hatten wir uns sehr getäuscht. Wie die Versammlung eröffnet war, wollte der Apostel Liebermann seinen auswendig gelernten Koth vorsetzen, aber damit waren wir nicht zufrieden, denn es wurde ganz energisch dagegen protestirt, und so kam es, daß die Versammlung nach einem sehr großen Tumult aufgelöst wurde. Da haben die Antisemiten und christlichen Mörder gesehen, daß wir Sozialdemokraten auch noch mitsprechen wollen. Nun von dieser Stippsticht für heute genug, denn Herr Liebermann kommt doch so leicht nicht wieder. Er hat gesehen, daß Dortmund noch ganz gut geschult ist.

Unsere Agitation faßt von Tag zu Tag hier wieder mehr Boden, wir sind augenblicklich schlaffertig, mag da kommen, was da will. Nun noch eins.

Am Morgen des 18. März wehte lustig eine rothe Fahne auf dem Petri-Kirchthurm. Die Pfaffen und die Polizei waren ganz außer sich über diesen Schelmenstreich, wie sie sich ausdrücken. Natürlich wird alles aufgeboten, um die Bösewichter herauszubekommen. Die heilige Hermandad leistet ihr Möglichstes in Hausdurchsuchungen und Zitationen auf das Polizeiamt und zu ihrem größten Entzücken sind ihr drei Exemplare unseres Parteiorgans in die Hände gefallen. Sonst hat sie jedoch nichts gefunden.

Noch eines muß ich mittheilen, wie es hier in der Industrie aussteht. Der Verdienst ist schlecht, der Arbeitsmangel groß. Jeden Tag kann man in den Lokalblättern lesen, daß wieder irgendwo 50 oder 100 Mann gekündigt seien. Trotz der Noth der Arbeiter wissen die Herren Aktionäre nicht, wie sie das Geld verprassen sollen. Da waren auch kürzlich wieder zwanzig bis dreißig zusammen, um die Dividende zu vertheilen, die sie den Arbeitern ausgesaugt hatten. Die sauberen Vögel haben im „Römischen Kaiser“, so heißt das Hotel, in dem sie die Raubvertheilung feierten, an einem Abend für 171 Mark Zigarren verrauht. In entsprechender Weise wurde gefressen und gesoffen.

Arbeiter, da könnt ihr sehen, wie euer sauerer Verdienst verpraßt wird. Bei der nächsten Wahl wählt einen Mann, den wir euch vorschlagen, dann wird dem Glend und der Schandwirthschaft energisch entgegengetreten werden. **Der rothe Unverbesserliche.**

— Dortmund, 8. Juni. Ein großartiger Leichenzug bewegte sich heute Mittag 12 Uhr von der Kampstraße nach dem Westenthor-Friedhofe. Es galt unserm Genossen Dito Lohse, Sohn des C. W. Lohse, die letzte Ehre zu erwählen. Deputationen von Herlorn, Sagen und Marten eröffneten den Zug. Lorbeerkränze mit roten Schleifen trugen. Der Leichenzug war mit Blumen, Kränzen, Schleifen, meist in rot und weiß, bedeckt. 800 Genossen, rote Blumen und Schleifen im Knopfloch, folgten dem Sarge. Unschlüssiger Weise verschonte uns die Wohlthätige mit ihrer Begleitung bis zum Friedhofe. Dort aber kam sie plötzlich in Sicht, begleitete uns nach der Grabstätte, woselbst Kommissar Maier sich postierte und die Trauerfeierlichkeit überwachte. Mehrere Polizisten hatten sich unter die Menge vertheilt.

Am Grabe trat der Gesangsverein „Dortmunder Männerquartett“ das Lied vor. „Am Grab der Toten“ und zwar in vorzüglicher Weise. Alsbald bestieg Genosse Brachwitz den Hügel, um unserm dahingefahrenen Genossen einen würdigen Nachruf zu widmen. Kaum aber begann er zu sprechen, so trat auch schon Polizeikommissar Maier vor und verbot das Reden. Brachwitz fuhr jedoch ruhig fort, und ließ sich auch nicht beirren, als er noch zweimal aufgefordert wurde, nicht zu sprechen, bis ihm von den Genossen einige zuriefen, er möge abtreten. Diesen leistete er Folge, um keine weitere Störung zu verursachen. Darauf übergab ihm ein Genosse den von uns Dortmundern gewidmeten Kranz.

Brachwitz ergriff ihn und verlas mit dünnem Stimm die auf der Schleife gedruckte Inschrift:

„Ich lege den Kranz auf das Grab des Verstorbenen nieder, gemüthlich von der Sozialdemokratie des Wahlkreises Dortmund“

Sagt frei gelebt, bist frei im Tod, uns nicht der Freiheit Morgenroth.

Darin legten die übrigen Deputationen Herlorn, Marten und der Gesangsverein, Männer-Quartett, ebenfalls mit kurzer Ansprache, ihre gewidmeten Kränze nieder, worauf nach Vortrag eines weiteren Liebesbriefes Genossen den Sarg mit Erde bedeckten.

Ein Zwischenfall darf hier nicht unerwähnt bleiben; vatergewöhnlich bei solchen Handlungen, bezieht es sich den Massen. Herr Hornung, wobei der Name unseres Niedermannes, ließ die ganze Zeit über wie eine Fackel auf und ab, da er die Zeit nicht erwarten konnte, seinen Sarg zu begraben. Wurden doch von diesem, eben Herr die Totengräber, dazu angehalten, beim Kommissar zu bitten, Platz zu verschaffen — nämlich beide offene Gräber waren dicht nebeneinander, und wir umstanden selbige sehr. Jedoch hatte er kein Glück damit, denn wir setzten unsere Handlung unentwegt durch. Erst als sie vorüber, konnte Hornung begreifen, was auch geschah, und er verstand es prächtig, den Friedhof zu leeren.

Gleich nach der Beerdigung versammelten sich der größte Theil der Genossen in einem bestimmten Lokale, woselbst die verbundene Leichenrede noch gehalten wurde; der Inhalt derselben war ungefähr folgender:

Verehrte Leidtragende, Freunde und Genossen! Wir stehen am Grabe des für uns so früh dahingefahrenen Freundes und Genossen. Die Eltern betrauern den Sohn, die Geschwister den Bruder, wir betrauern in ihm den Freund und Genossen, welcher alle Zeit bereit war, für die Ideen der Sozialdemokratie zu kämpfen. Unentwegt war er bemüht, für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klasse zu wirken. Er hatte keine Klassenlage erkannt, so daß wir ihm nachrufen können: Er hat nicht umsonst gelebt, denn er wußte wohl, daß noch viele Millionen in Noth und Elend schmachten, als Erbschaft der Gesellschaft. War es ihm auch nicht vergönnt, die Saat, die er ausgestreut, reifen zu sehen, so müssen wir uns an seinem offenen Grabe geloben, von Neuem das Bruderverband zu knüpfen, bis auch diese Saat Früchte trägt, bis der Tag

kommt, wo in Süd und Nord, in Ost und West sich vereint die Arbeiter befreien von dem Druck des Kapitals. Wollen Sie das Andenken des Toten ehren, dann tragen Sie diese Ideen hinaus in alle Kreise. Wenn dann auch unsere Uhr abgelaufen sein wird, so wird man auch uns nachrufen können: Sie haben nicht umsonst gelebt! Stehen wie treu zu der Devise: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Und somit lege ich den Kranz auf das Grab des Verstorbenen nieder: Hast frei gelebt, bist frei im Tod, uns winkt der Freiheit Morgenroth! —

Wir waren den ganzen Tag über beisammen, und gelobten uns von Neuem Kreuze zur Fahne, mag kommen, was da will! Den auswärtigen Genossen stellen wir nochmals unsern Dank ab.

Den Genossen aber, welche sich uns noch nicht angeschlossen haben, rufen wir zu: Stümet nicht, tretet ein in unsere Reihen mit dem Motto:

„Frisch auf zum Kampfe!“

J. P.

Zur Lage der Arbeiter im westfälischen Kohlenrevier.

Münster i/W., im Dezember.

Die letzten Reichstagswahlen haben Zeugnis dafür abgelegt, wie die westfälischen Kohlenarbeiter unter dem Joche der nationalliberalen Tyrannen schmachten.

Es würde zu weit führen, alle Details anzugeben, wie man die Arbeiter hier beeinflusst hat; nur einen Fall wollen wir hier konstatieren, aber dieser eine Fall verdient, als Charakteristikum in das Register der Wahlbeeinflussungen geschrieben zu werden.

Wie Verbrecher zur Richtbank, wurden die Arbeiter zur Wahlurne geführt; dort wurden ihnen von ihren Vorgesetzten Stimmzettel in die Hand gedrückt, und man besah noch die Infamie, die Wähler bis in's Wahllokal zu begleiten, um sich zu vergewissern, daß keine anderen als die den Arbeitern in die Hände gegebenen Stimmzettel in die Urne geworfen würden.

Wenn man sich nun angesichts dieser Thatfache fragt, wie es möglich ist, daß ein Schurke von Kapitalproß das geheime Wahlrecht auf eine solch' nichtswürdige Weise verletzen kann, so kann Schreiber dieses, der mit den einschlägigen Verhältnissen benannter Distrikte genau bekannt ist, die Antwort darauf geben.

Es herrscht nämlich in diesem Kohlenrevier die gute Sitte, daß wenn eine Zechen Arbeiter entläßt, man die übrigen Zechen davor warnt, den von ersterer entlassenen Arbeitern Arbeit zu geben. Wie mag da das Herz so manchen Arbeiters gebuldet haben, als er sich vor die Wahl gestellt sah, entweder einem Kandidaten bismärckischer Färbung seine Stimme zu geben oder — entlassen zu werden!

In Gelsenkirchcn haben sogar einige Bürger zu Gunsten einiger Arbeiter, welche bei der Bochumer Wahl für den ultramontanen Kandidaten Schorlemmer Stimmzettel vertheilt hatten und darauf von ihrem „Brotherren“ — selbstredend ein Bismärcker! — entlassen worden sind, einen Ausruf erlassen.

So springt dies Kapitalistengesindel mit dem Proletariat um, so achten diese Schurken das geheime Wahlrecht!

Warum nun genannte Zentren für die Sozialdemokratie vorderhand noch verschlossen bleiben, darüber wollen wir hier auch Aufschluß geben. Man hat dort fast überall christlich-soziale und katholische Arbeitervereine gegründet, in welchen entweder ein Pfaffe den Vorsitz führt oder doch auf die betreffenden Vereine einen großen Einfluß ausübt. Wenn aber erst jenes infamste aller Gesetze, das Sozialistengesetz, über den Haufen geworfen ist und in jenen beiden Wahlkreisen, Bochum und Dortmund, und ebenso in Essen, eine wirkliche und energische Agitation entfaltet wird, dann kann es nicht fehlen, daß trotz aller Schurkereien der Trabanten Bismarck's diese Kreise der Sozialdemokratie zufallen. Bochum ist, nebenbei gesagt, der zweitbevölkerteste Kreis Deutschlands.

Was nun die materielle Lage der Arbeiter im westfälischen Kohlenrevier anbelangt, so läßt solche, wie ja auch nicht anders zu erwarten ist, sehr viel zu wünschen übrig. Der Verdienst beläuft sich auf M. 2 bis 2,50 pro Schicht bei achtkündiger Arbeitszeit, wenn es hochkommt, auf 3 M. Wenn man nun die anstrengende und gefahrvolle Arbeit eines Bergmannes erwägt, dann klingt ein Taglohn von 2 bis 3 M. fast unglaublich.

Das ist aber noch nicht Alles.

Im Sommer, wo der Absatz der Kohlen nicht so groß ist wie in der jetzigen Jahreszeit, müssen auf den meisten Zechen die Arbeiter im Durchschnitt wöchentlich eine Schicht feiern, und endlich — dieses Thema ist in den letzten Tagen von Blättern verschiedener Parteischattirungen

vielfach besprochen worden — die einheimischen Arbeiter werden durch die Konkurrenz der fremdländischen eingewanderten oder auch importirten sehr gedrückt. Als Beispiel nennen wir nur die Polen, welche im Kreise Bochum allein in einer Anzahl von mehreren Tausenden vertreten sind. Wenn man sich die Lebensart dieser Leute, welche schon nicht mehr menschlich genannt werden kann, betrachtet, dann wundert man sich wahrlich nicht, daß dieselben billiger arbeiten können und den einheimischen Arbeitern somit eine ganz empfindliche Konkurrenz machen. Die Lebensart der Polen aber erklärt sich aus dem ökonomischen Verhältnisse des polnischen Proletariats dem polnischen Krautjunkerthum gegenüber.

Unsere Sozialreformer thäten daher sehr wohl daran, einmal einen Blick in genannte Kreise zu werfen, sich das große Elend, das dort in den Arbeiterhütten herrscht, anzusehen, um die Ueberzeugung nach Hause zu nehmen, daß weder ein Krankenkassen, noch ein Unfallversicherungs-gesetz diesen wie überhaupt den Arbeitern einen Nutzen bringt, sondern nur eine auf sozialistischem Boden durchgeführte Staatshilfe, und daß die Männer, welche vorgeben, den Arbeitern helfen zu wollen, deren Gesicht aber — um mit Bismarck zu reden — „in den Scheitel des Propheten gehüllt ist“, alle Ursache haben, dafür zu sorgen, daß die Funken, welche bereits hier und da aufstiegen, nicht zu lodern den Flammen angefaßt werden.

Jedoch diese Leute wollen nicht sehen, sie sind in der That die „ewig Blinden“, von denen der Dichter spricht.

Gr.

Dortmund, im November. Wie überall, so liegt auch in Westfalen die Industrie Dank der planlosen Produktion darnieder. Man hört nichts wie Arbeiterentlassungen, Lohnabzüge und dergleichen. Auf der Dortmunder Union wurden im September ungefähr 500 Mann entlassen. Da nun viele von den Entlassenen in der Menage waren und von den anderen Arbeitern keiner Lust verspürte, dort in Kost (sogenannte Kommisskost) zu gehen, so sah sich der Menageverwalter veranlaßt, den unverheirateten Arbeitern zu erklären, daß sie entweder einzutreten oder aufzuhören hätten. Also der Arbeiter ist noch nicht einmal Herr über seine sauer erworbenen Groschen!

Natürlich werden die Arbeiter in den sauren Äpfel beißen müssen, weil ihnen keine andere Arbeitsgelegenheit geboten ist und der Winter vor der Thüre steht.

Vor Kurzem wurde in der Dortmunder Zeitung eine Artikel veröffentlicht, worin als einzige Ursache des Nothstandes die vielen Festlichkeiten bezeichnet werden, welche immer gut besucht seien, während man an den Gotteshäusern, wo Enthaltensamkeit gepredigt würde, vorbeigehe. Schade nur, daß man Denjenigen, welche Enthaltensamkeit predigen, diese nicht an ihren festen Wangen ansieht. Der Artikelschreiber der Dortmunder Zeitung wird dies für sich sicherlich nicht in Anspruch nehmen.

Daß die Festlichkeiten eingeschränkt werden können, wird zugegeben, vorab die vielen mordspatriotischen, wo den Arbeitern, die bei diesen Gelegenheiten das Groß ausmachen, die sauer verdienten Groschen aus der Tasche gelodt werden. Soldaten-Kommerz regnet es diesen Sommer förmlich; so wird am 21. d. M. der große 16. sogenannte Hacketauer-Kommerz gefeiert. Da darf bis in die Nacht hinein gesungen und geflohen und zuletzt auch aus patriotischem Pflichtgefühl sich gegenseitig tüchtig durchgeblaut werden, ohne daß man zu befürchten braucht, dafür bestraft zu werden. —

Herr von Vorn, der famose Gründer, ist mit seinem Konkurse zu Ende. Es ist nämlich ein Vergleich zu Stande gekommen, wonach die Gläubiger 15 Prozent bekommen, ohne Vergleich wären höchstens sechs Prozent herausgekommen. Im vorigen Jahre rechnete man, der „Dortmunder Zeitung“ zufolge, im aller schlimmsten Falle noch 26 Prozent heraus, natürlich nur um die Gläubiger zu trösten. Strafantrag ist gegen Vorn nicht gestellt worden, obwohl er die Depositionen verpfändet hatte, die Bilanz nicht richtig war und die Mittlere Gußstahlfabrik in eine Aktiengesellschaft umgewandelt war, deren Aktien ausschließlich in Vorn's Händen waren.

Jetzt kann das Gründchen wieder von Neuem losgehen, und unser Stadtverordnetenvorsteher und Stadtrathsmittglied kann seinen Antheil an dem Hochhoben, den er vor dem Konkurse seinem Bruder verlaust hat, jetzt wieder antreten.

Vor der Strafkammer in Dortmund wurde im August dieses Jahres eine Wittve von Anna, welche vier Kinder hatte und im vorigen harten Winter nach Aussage des Polizeisten Glänzer (Schneidiger Kerl) auf dem bergisch-närrischen Wahnbose für 10—15 M. Kohlen entwendet hatte, sage und schreibe mit 3 Monaten Gefängniß bestraft. Hier bewahrheitet sich der alte Spruch: Die Kleinen Diebe hängt man, die Großen, welche den Leuten Millionen stehlen, läßt man laufen.

Vor Kurzem ist das „freisinnige“ „Tageblatt“ in Folge von Abonnentenschwindsucht dem Herrn entschlafen und Herr Rechtsanwalt Cohn hat ein neues demokratisches Blatt gegründet. Er braucht nun nicht mehr die Dortmunder Tante in Anspruch zu nehmen, um über seine Versammlungen in „Jung-Deutschland“ zu berichten. Herr Cohn hielt im genannten Verein Vorträge, wozu gewöhnlich 10—12 Mann erschienen. In der „Dortmunder Zeitung“ aber wurde berichtet, daß Herr Cohn im Verein „Jung-Deutschland“ einen Vortrag über dieses oder jenes Thema gehalten habe, welcher sehr zahlreich besucht war, daß sich an diesen eine lebhafte Diskussion knüpfte und schließlich sich alle Anwesenden mit dem Referenten einverstanden erklärten. Schrumm!

Auf der Hermannshütte in Hörbe sieht es überaus traurig aus. Bzwa 400 Mann sind entlassen worden, darunter sehr viele, welche schon 20 und 25 Jahre dort gearbeitet haben. Dieselben sind laut Statuten pensionsberechtigt, erhalten aber ohne gerichtliche Entscheidung nichts. Thäten einem die Leute nicht leid, so müßte man sagen, es geschieht ihnen eigentlich recht, denn sie wollen es ja nicht besser. Der „Patriotismus“ wird wohl nirgends mehr gepflegt wie in Hörbe. Bei der Reichstagswahl wird echt nationalmiserabel gewählt, nach dem Willen der beiden Direktoren Massenez und Hilgenstak, welche die Diktatoren von Hörbe sind. Sie wohnen aber beide in Dortmund, weil dort die Steuern um ein Drittel niedriger sind wie in Hörbe.

Die „Demokratischen Blätter“ brachten vor Kurzem ein Verzeichniß von mehreren reichstreuen Alkagern, worunter Stadtverordnete, Ingenieure, Hausbesitzer etc., welche nicht mehr Steuern bezahlen wie mancher arme Beamte, Handwerker und Geschäftsmann. Die hiesigen Arbeiter sind an diesen Zuständen meist selbst schuld. Dumm sind sie wie unsere Landbesitzer in Kamerun. Sich besaufen, dann sich gegenseitig die Knochen entzweischlagen, lobstetzen können sie, aber für einen idealen vernünftigen Zweck sind sie nicht zu haben. Selbst dazu, daß sie einmal dem Arbeiterjünger Dreyer auf der Hermannshütte, welcher sie ohrfelgt oder auch mit Füßen tritt, entgegenzutreten sollten, sind sie viel zu feige.

Ob die oben geschilderten Verhältnisse den Arbeitern nicht endlich doch die Augen öffnen werden, wird die nächste Reichstagswahl zeigen.

Wilhelm.